

Monatsspiegel

April 2006



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Die Würde des Menschen ist unser Maßstab

Wolfgang Niclas (Kreisvorsitzender DGB Erlangen)

Die „Würde des Menschen“ als gewerkschaftlichen Maßstab für den 1. Mai 2006 benannt zu sehen trifft auf viel Zustimmung aber auch Fragen. Ist das nicht etwas hoch gegriffen? Gewerkschaften stehen doch für Entgelt, Urlaub und Arbeitszeit. Warum denn so tun, als wäre die Würde des Menschen bei uns gefährdet. Der Arbeitsalltag gibt eine klare Antwort:

ArbeitnehmerInnen die zu erheblichen Betriebsgewinnen beitragen aber ihren Arbeitsplatz dennoch verlieren, weil woanders noch mehr Gewinne winken;

ältere ArbeitnehmerInnen die als sogenannte Minderleister gemobbt werden;

Arbeitslose die mit Hartz IV zwar stark „gefordert“ aber mangels Arbeitsplatzangebot wenig „gefördert“ werden - die Liste ist verlängerbar.

Die Kluft zwischen modernen, einigermaßen leistungsgerecht entgoltenen, ergonomisch und gesundheitsgerecht gestalteten Arbeitsplätzen auf der ei-

nen Seite und der nackten individuellen Existenzangst wird in den letzten Jahren immer tiefer. Der Wechsel von der einen zur anderen Seite der Kluft entspricht manchmal nur einer Schreibtischbreite oder wenigen Monaten.

Das bekannteste (aber bei weitem nicht einzige) Beispiel der letzten Monate: der Kampf der AEG KollegInnen.

Den Lesern des Monatsspiegels muss nichts über den Verlauf des Arbeitskampfes um den Erhalt der Arbeitsplätze erzählt werden. All denen, die sich an der breiten Solidaritätskampagne beteiligt haben sei an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich gedankt.

So gut der erkämpfte Sozialtarifvertrag ist, die Arbeitsplätze am AEG Standort Nürnberg sind verloren, weil es eine am Aktienkurs orientierte Konzernspitze wollte und obwohl schwarze Zahlen erwirtschaftet wurden. Wenn die Börsennotierung das Handeln diktiert oder mit europäischen/

deutschen Steuergeldern (überwiegend Steuerzahlungen der ArbeitnehmerInnen!!) die Billigkonkurrenz in Osteuropa subventioniert wird, wird die Würde des Menschen mit Füßen getreten. Hier sind auch noch so kampfbereite Belegschaften überfordert, hier ist die Politik zur Änderung der Rahmenbedingungen unternehmerischen Handelns aufgefordert. Deregulierung und Marktfundamentalismus sind gescheitert! Wer hier noch zweifelt sollte das neueste Buch von Hans Mundorf (ehem. Chefredakteur des Handelsblattes, also nicht sonderlich „gewerkschaftsverdächtig“) lesen „Nur noch Markt, das ist zu wenig“ (Hamburg 2006 ISBN 3-89965-174-X)

In zwei Erlanger Autohäusern sind die Eigentümer still und heimlich aus der Kfz-Innung ausgetreten und haben damit die rechtliche Bindung an den IGM Tarifvertrag einseitig beendet. Die ArbeitnehmerInnen und ihre Betriebsräte wurden nicht informiert und ka-

Fortsetzung auf Seite 3

April

3	20.00	Biergarten am Röthelheim	Kreisvorstandssitzung	
4	20.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe	S. 15
4	20.00	August-Bebel-Haus	Jusos	S. 17
5	20.00	August-Bebel-Haus	AsF	S. 17
6	20.00	Kulisse	Distrikt Innenstadt	S. 14
11	20.00	Schützenheim	Distrikt Eltersdorf	S. 13
11	20.00	AWO, Gaisbühlstr.	Distrikt Frauenaurach	S. 13
15	11.00	Hugenottenplatz	Erlanger Ostermarsch	S. 6
17	13.00	Nürnberg	Ostermarsch	S. 6
18	20.00	August-Bebel-Haus	Jusos	S. 17
20	20.00	Waldschänke	Distrikt Ost	S. 14
25	18.00	August-Bebel-Haus	AK Kommunalpolitik	S. 17
25	20.00	MediaArt-Zentrum, Helmstraße 1	öffent. Veranstaltung	S. 4
26	17.00	August-Bebel-Haus	60 Plus	S. 17
29	14.00	Bürgertreff Isarstr.	Stadtteilbegehung Anger	S. 13

Mai

1	10.00	Gewerkschaftshaus	Maikundgebung	S. 6
3	20.00	Gaststätte Röthelheim	Distrikt Süd	S. 15
3	20.00	August-Bebel-Haus	AsF	
9	20.00	Schlossgaststätte	Distrikt Tennenlohe	S. 15
11	20.00	Biergarten am Röthelheim	Kreisvorstandssitzung	
16	20.00	Distrikt Bruck		S. 12

Kontakt

Kreisverband:

Vorsitzender: Robert Thaler

Tel.: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de

Bankverbindung: Sparkasse Erlangen Kt.Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr
 Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr
 Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr

Ansprechpartnerin:
 Karin Franke - Geschäftsführung

Impressum

Herausgeber:

SPD Kreisverband Erlangen
 Friedrich List Str. 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung:

Wolfgang Peter
 Baumschulenweg 11,
 91058 Erlangen
 Tel.:09131303090
 e-mail:monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck:

Gruner Druck GmbH, Erlangen

Auflage:

700 Stück

men ihrem Arbeitgeber erst auf die Schliche als neu eingestellte MitarbeiterInnen plötzlich Arbeitsverträge mit 42 statt 38 Wochenstunden, 25 statt der tariflichen 30 Urlaubstage, gestrichenem Weihnachtsgeld und weiteren Verschlechterungen unterschreiben mussten. In einem Traditionsbetrieb der Erlanger Metallindustrie wurde allen Beschäftigten ein neuer Arbeitsvertrag mit einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit um 5 Stunden ohne Lohnausgleich vorgelegt mit dem Hinweis, wer nicht unterschreibt soll besser gleich gehen. Der Aufforderung wurde mit unterschiedlichsten Mitteln Nachdruck verliehen. Die Forderung von Betriebsrat und IG Metall nach einer tarifvertraglichen Regelung für Alle auf Basis der betriebswirtschaftlichen Erfordernisse wurde pauschal abgelehnt. Im Gegenteil, der individuelle Druck auf die Beschäftigten wurde nach dem Motto verschärft: je größer die Angst der Einzelnen desto gefügiger werden die ArbeitnehmerInnen.

Hier handelt es sich (noch) nicht um die Regel. In Betrieben mit starken Betriebsräten und Gewerkschaften kann vieles verhindert werden. Soweit wirtschaftliche Erfordernisse bestehen, können tarifliche und betriebliche Regelungen zur Überwindung betriebswirtschaftlicher Schwächephasen oder zur Ausgleiche struktureller Benachteiligungen gefunden werden. Die Haltung einer wachsenden Zahl von Arbeitgebern geht aber dahin, Betriebsräte und Gewerkschaften möglichst aus ihrem Betrieb heraushalten zu wollen. Der Geschäftsführer des arbeitgebernahen „Instituts der deutschen Wirtschaft“ hat es wie folgt formuliert:

„Den sozialen Frieden haben wir uns teuer erkaufft, durch hohe Löhne, kurze Arbeitszeiten, wenig Flexibilität. Jetzt sind bestimmte rote Linien überschritten, bei denen das Modell nicht mehr so haltbar ist wie früher.“ Michael Hüther IW Köln (Welt am Sonntag 19.3.06)

Die Betriebsratswahlen von März bis Mai diesen Jahres sind eine gute Gelegenheit auf die Kündigung des Sozialen Friedens durch die Arbeitgeber mit starken Betriebsräten die richtige Antwort zu geben. Erste Wahlergebnisse liegen vor und zeigen in die richtige Richtung.

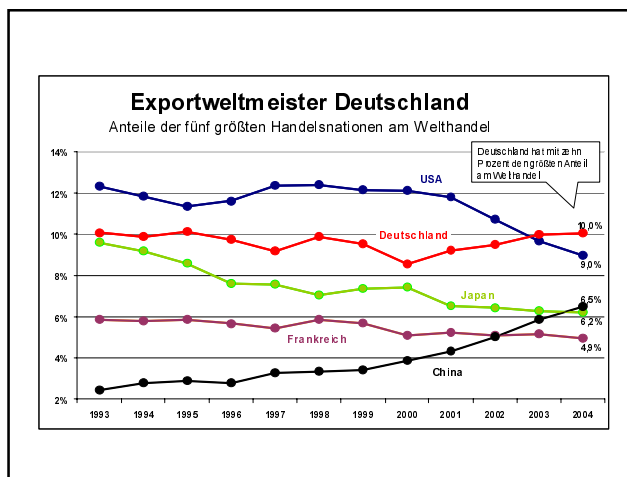
Die Tarifaueinandersetzungen im öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie sind Streifelder in denen die Richtung der Wirtschafts- und Sozialentwicklung in unserem Land mitentschieden wird.

Im Öffentlichen Dienst planen die konservativen politischen Verantwortungsträger mit der Verlängerung der Wochenarbeitszeiten nicht mehr und nicht weniger als die Vertiefung der sozialpolitischen Spaltung unseres Landes. Armgesparte Kommunen und Länder sollen zur Handlangerchaft gezwungen werden. Man kann es drehen und wenden wie man will. Mit dem Luxus der Millionenarbeitslosigkeit geben wir jährlich einen dreistelligen Milliardenbetrag für das direkte „Nichtarbeiten“ aus. Nebenkosten nicht mitgerechnet. Die Erhöhung der Arbeitslosigkeit durch die Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst ist gewollt, nur so kann

ja der Spareffekt erzielt werden. Die dadurch verursachte Steigerung der Kosten durch Arbeitslosigkeit will man nicht sehen. Die länger arbeitenden ebenso wie die arbeitslosen KollegInnen sind die Leidtragenden. Gartenzaundenken und Zynismus obsiegen, die Würde der Menschen bleibt zusammen mit einer vernünftigen gesellschaftlichen Zukunft auf der Strecke.

Nicht weniger kontrovers stellt sich die Lage in der Tarifrunde für die Metall- und Elektroindustrie dar. Die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Lage in Deutschland ist im Kern durch zwei Umstände geprägt: die Exportweltmeisterschaft und die schwache Binnenkonjunktur. Allein aus Deutschland kommen 10 % aller am Weltmarkt verkauften Güter und Dienstleistungen (vgl. Grafiken).

Fortsetzung S. 6



Kreisvorstandssitzungen:

Montag, 3. April 2006
Röthelheim

20:00 Uhr Biergarten am

Donnerstag, 11. Mai 2006
Röthelheim

20:00 Uhr Biergarten am

**Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Ausgabe Mai 2006
19. 4. 2006**

In diesem Monat	
Kreismitgliederversammlung	4
MonatsZahlenSpiegel	5
Ostermarsch	6
Keine Verschärfung bei HartzIV	7
Kundgebung der islam Gemeinde	9
Anträge	10
Aus den Distrikten	13
Aus den Arbeitsgemeinschaften	17
Geburtstage	19
Aus dem Bundestag / Landtag	20
Aus dem Stadtrat	22
San Carlos	24

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,

statt einer Kreismitgliederversammlung veranstaltet der Kreisverband Erlangen gemeinsam mit dem Juso Unterbezirk im April anlässlich des 20. Jahrestages des Reaktorunfalls in Tschernobyl eine öffentliche Veranstaltung:

20 Jahre nach Tschernobyl:

Zukunftsfähige Energiepolitik ohne Atomkraft

**Dienstag, den 25. April 2006
MediaArt-Zentrum, Helmstraße 1**

Referent: Dr. Helmut Pfister

Dazu möchten wir Euch herzlich einladen.

**Robert Thaler
Kreisvorsitzender**

**Ursula Lanig
Stellvertreterin**

**Dieter Rosner
Stellvertreter**

**Andreas Richter
Juso UB-Vorsitzender**

MonatsZahlenspiegel

des Wirtschaftspolitischen Arbeitskreises

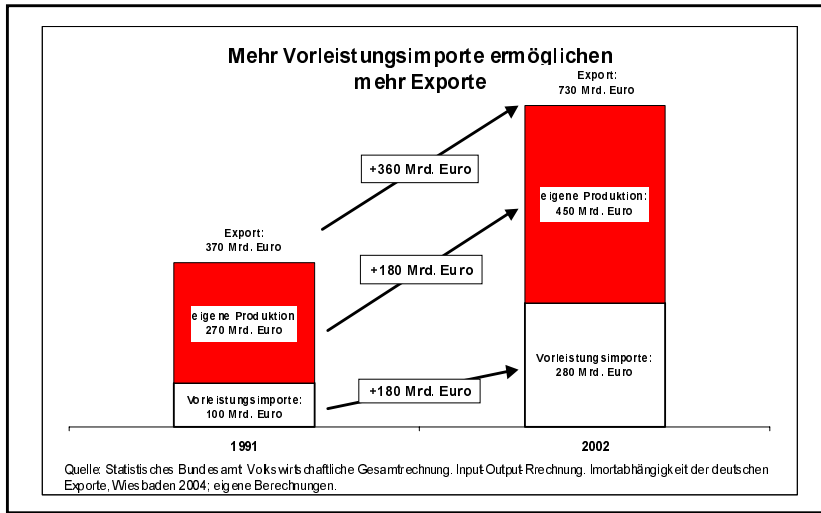
Frauen in Deutschland – Fortschritte und hohe Hürden auf dem Lebensweg!

- Von 2,3 Mio **Alleinerziehenden** waren 2003 84,1 % Frauen.
- **Elternzeit** nahmen 2001 98,5% der Mütter und 1,5% der Väter.
Im Jahr 2003 95,1% der Mütter und 4,9% der Väter.
- Rund 80 Prozent der kinderlosen Frauen in Deutschland sind erwerbstätig. Aber nur jede fünfte Frau mit Kindern unter 18 Jahren arbeitet Vollzeit.
- Frauen haben bei der **Bildung** stark aufgeholt: So besitzen 21 % der Frauen einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss, bei den Männern sind es 17 %.
- Im Jahr 2004 hatten 40,6 Prozent der 25- bis unter 30-jährigen Frauen und 37,8 Prozent der gleichaltrigen Männer ihre **Schulbildung** mit Abitur abgeschlossen. Bei Hochschulabschlüssen sind Frauen und Männer gleich stark vertreten.
- Mit 9 % ist der Anteil der Frauen mit **Hochschul- oder Fachhochschulabschluss** an den Frauen insgesamt auch noch 2004 weit niedriger als derjenige der Männer (15 %). Dagegen liegt der Anteil der Frauen mit abgeschlossener Lehrausbildung mit 50 % nur knapp unter dem der Männer (51 %). Insgesamt haben 66 % der Frauen gegenüber 77 % der Männer eine berufliche Ausbildung abgeschlossen.
- Bei der Wahl der **Ausbildungsberufe** und Studienfächer gibt es nach wie vor große Unterschiede. Die Hälfte der weiblichen Auszubildenden konzentriert sich auf 10 Berufe. Frauen konzentrieren sich auf soziale und Dienstleistungsberufe sowie auf kultur- oder sprachwissenschaftliche Fächer. Diese werden in unserer Gesellschaft (immer noch) geringer bewertet und bezahlt.
- Die **Erwerbstätigenquote** der Frauen lag bei knapp 60 Prozent. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland damit nur an zehnter Stelle. Der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit ist seit 2000 praktisch zum Erliegen gekommen.
- Der Zuwachs der Frauenbeschäftigung in den 90er Jahren erklärt sich fast ausschließlich aus den massiven Zuwächsen der Teilzeitarbeit.
- Seit 1991 stieg die Zahl der **Frauen in Teilzeitjobs** um 1,8 Millionen. Im gleichen Zeitraum sank aber die Zahl der vollzeitbeschäftigten Frauen um 1,6 Millionen.
- Dementsprechend öffnete sich die Schere zwischen den durchschnittlichen wöchentlichen **Arbeitszeiten**. Heute arbeiten Männer im Durchschnitt rund zehn Stunden länger als Frauen. 2004 arbeiten Frauen im Schnitt 30,8 Wochenstunden, Männer 40,2 Stunden.
- Frauen **verdienen** in Deutschland nach einer EU-Studie im Durchschnitt 23% als Männer.
- Unter den 25 EU-Ländern gibt es nur zwei, in denen die **Lohnkluft** zwischen den Geschlechtern noch größer ist als in Deutschland: Estland und Slowenien.
- Unter allen **Arbeitslosen** fanden 2003 eine neue Beschäftigung : 35% der Frauen und 46% der Männer.
- 2004 arbeiteten in Deutschland 12 % abhängig beschäftigte Frauen (2000: 11 %), die Angaben zu ihrer Stellung im Betrieb gemacht hatten, als **Führungskraft**, davon 11 % als höhere Angestellte und 1 % als Beamtin im höheren Dienst. Knapp ein Drittel aller Führungskräfte in der Industrie, im Dienstleistungsbereich oder in der öffentlichen Verwaltung war damit weiblich (1,7 Mill.), mehr als zwei Drittel (3,3 Mill.) männlich.
- Frauen haben im **Alter** fast ein Drittel weniger Rente als Männer: Die durchschnittliche Rente von Frauen liegt bei 697 Euro, die der Männer bei 997 Euro.

Quellen:

WSI-FrauenDatenReport 2005

Böcklerimpuls 5/2006 - Statistisches Bundesamt, Frauen in Deutschland 2006



Der Binnenmarkt aber leidet unter der Sparpolitik der öffentlichen Hand und der fehlenden Massenkaukraft. Die moderaten Lohnerhöhungen der letzten Jahre haben ebenfalls beigetragen. Die Forderung nach 5% höheren Löhnen und Gehältern kann am Weltmarkt von 85% gutverdienender Metallunternehmen verkräftet werden. Die Stärkung der Massenkaukraft würde zu einer dringend benötigten Belebung der Binnenkonjunktur und in Folge zur Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit führen. Bei den 15% der Metallunternehmen mit Ertragsproblemen bietet die IG Metall seit zwei Jahren (Pforzheimer Abkommen) die Möglichkeit für tarifliche Sonderregelungen in Verbindung mit Maßnahmen zur Sicherung Konkurrenzfähigkeit an.

In Berlin regiert eine Große Koalition. Wenn die SPD die soziale Marktwirtschaft mit Elementen des skandinavischen

Modells (so SPD Vorsitzender Matthias Platzeck) wiederbeleben will müssen die zwei großen aktuellen sozialpolitischen Auseinandersetzungen zur Profilierung sozialdemokratischer Politik genutzt werden. Nicht ein Eingriff in die Tarifautonomie aber eine klare Positionierung gegen eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit und für eine Steigerung der Binnennachfrage ist das Gebot der Stunde.

Die Würde des Menschen ist unser Maßstab.

Die Erlanger Gewerkschaften laden unter diesem Motto auch dieses Jahr zu Demonstration (10:00 Uhr ab Gewerkschaftshaus) Kundgebung und Familienfeiertag (Burgberg) am 1. Mai ein.

Alle Mitglieder und Freunde der SPD Erlangen sind herzlich eingeladen.

25. Ostermarsch 2006 in Nürnberg

“Neue Kriege in Sicht? Nicht mit uns!”
 Auftakt(e): 13 Uhr, Olof-Palme-Platz;
 13 Uhr, Hiroshima-Denkmal, Fürth;
 14 Uhr, Kopernikusplatz; anschl. Demo in die Stadt zur Lorenzkirche
 Abschlußkundgebung: 15 Uhr, vor der Lorenzkirche

RednerInnen: Pedram Shahyar (attac Koordinierungskreis)

Aufruf zum Ostermarsch in Nürnberg am 17. April 2006

Neue Kriege in Sicht? Nicht mit uns!

Krieg löst kein Problem

Die Gefahr eines Krieges gegen den Iran wächst. Obwohl Afghanistan, Irak, Kongo, Sudan, Tschetschenien, ... zeigen, dass damit kein Problem gelöst wird. Die Wende hin zu Frieden, Demokratie und wirtschaftlicher Gesundheit ist dort nicht in Sicht. Im Gegenteil! Die Besatzungstruppen und ihre Praktiken fördern eine Spirale der Gewalt. Das begünstigt auch Fanatismus und Intoleranz bis hin zu Terror. Besonders im Irak ist das Alltag.

Die Begründungen für einen möglichen Angriffskrieg gegen den Iran sind ebenso vorgeschoben wie vor dem Irakkrieg. Im Iran wird der Bau von Atomwaffen befürchtet – bei uns lagern immer noch Atomwaffen. Atomwaffen müssen endlich weltweit abgeschafft werden!

Von unserer Bundesregierung fordern wir, sich klar und deutlich gegen Angriffspläne gegen den Iran auszusprechen und entsprechend zu handeln.

Krieg zerstört Menschen- und Bürgerrechte

Krieg kostet

Krieg um Rohstoffe

Wir treten ein für Frieden und Gerechtigkeit

Gehen sie mit uns am 17. April 2006 zum Nürnberger Ostermarsch

Ostermarsch 2006 in Erlangen

Liebe GenossInnen,

dieses Jahr findet wieder eine Auftaktveranstaltung in Erlangen statt. Allerdings schon am Karsamstag. Der traditionelle Ostermarsch in Nürnberg ist wie immer am Ostermontag, den 17.4.

Mit roten Grüßen

Andreas Richter

Friedensbeauftragter im Kreisvorstand der ErlangenSPD

Auftaktveranstaltung für den Ostermarsch 2006 in Erlangen

Samstag, 15.04.2006, 11 Uhr, Hugentottenplatz, Rede- und Musikbeiträgen, Durchführung: Erlanger Bündnis für den Frieden

Kontakt: Erlanger Bündnis für den Frieden, Tel.: 09131/9324050, Fax: 09131/9324054

E-Mail: friedensbuenndnis-er@gmx.de

Initiativantrag an die Kreismitgliederversammlung der Erlanger SPD am 16.2.2006

Antragsteller: Florian Janik, Philipp Dees, Katharina Ullmann, Birgit Brod

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

Keine Verschärfungen bei Hartz IV

Mit dem Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch - Drucksache 16/99 – vom 7. Februar beantragen die Fraktionen von CDU/CSU und SPD Folgendes:

- Auch volljährige Kinder, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, werden in die Bedarfsgemeinschaft der Eltern einbezogen. Die Regelleistungen nach Hartz IV wird für Jugendliche unter 25 Jahren auf 80%, d.h. von 345 auf 276 Euro (im Westen) gesenkt, selbst dann, wenn sie nicht mehr zu Haus leben.

- Das Vermögen und Einkommen der Eltern muss künftig nicht mehr nur für den Lebensunterhalt minderjähriger Kinder eingesetzt werden, sondern auch für erwachsene Kinder, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

- Zukünftig sollen Partner von HilfeempfängerInnen für nicht von ihnen stammende Kinder voll unterhaltspflichtig werden.

- Jugendliche HilfeempfängerInnen unter 25, die erstmalig eine eigene Wohnung beziehen wollen, müssen vorher die Zustimmung der Arbeitsagentur einholen. Ohne deren Zustimmung entfallen Leistungen für Unterkunft und Heizung oder für eine Erstausrüstung.

- Der Beitrag für die gesetzliche Rentenversicherung von ALG II-BezieherInnen wird ab Juli 2007 von 78 auf 40 Euro pro Monat gesenkt. Dies führt zu geringeren Leistungsansprüchen in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Von dieser Novelle werden Einsparungen in Höhe von rund 0,5 Milliarden Euro erwartet.

Die Erlanger SPD lehnt diese Maßnahmen ab und fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, die Zustimmung zu verweigern.

Die geplanten Maßnahmen bedeuten eine weitgehende Entrechtung junger Menschen, die ALG II beziehen. Diese werden pauschal verdächtigt, staatliche Leistungen auszunutzen. Besonders ungerecht trifft das Gesetz junge Menschen, die bereits viele Jahre in die sozialen Sicherungssysteme einbezahlt haben. Außerdem wird das individuelle Selbstbestimmungsrecht junger Menschen in nicht hinnehmbarer Weise eingeschränkt.

Selbstverständlich ist es notwendig staatlichen Leistungsmissbrauch auch beim ALG II konsequent zu bekämpfen. Dazu sind aber pauschale Schuldzuweisungen ungeeignet. Deutlich mehr Handlungsbedarf mit auch größeren finanziellen Auswirkungen liegt z.B. in einer konsequenten Verfolgung von jeder Form der Steuerhinterziehung.

Red.: Die Bundestagsfraktion hat daraufhin mit untenstehenden Brief an den Kreisverband geantwortet

Initiativantrag an die Kreismitgliederversammlung der Erlanger SPD am 16.2.2006

Liebe Genossin Franke,

vielen Dank für die Übersendung eures Antrages.

Mit dem „Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze“ gleichen wir das Arbeitslosengeld II in den neuen Bundesländern an die Höhe in den alten Bundesländern von aktuell 345,- Euro an. Damit setzen wir einen zentralen Baustein aus unserem Wahlmanifest um.

Mit unserem Gesetz haben wir weitere Änderungen vorgenommen, die in dem Koalitionsvertrag mit der Union vereinbart worden sind:

- **Keine Rückumzüge von Jugendlichen – Solidarische Verantwortung der Gesellschaft und Ver-**

FRAKTION DER SPD

IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Dr. Joachim Arndt

Referent der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales

antwortung der Familien müssen in ausgewogenem Verhältnis stehen.

Unter 25jährige, die zu Hause ausziehen wollen, erhalten Leistungen für Unterkunft und Heizung i.d.R. nur noch dann, wenn sie vorher die Zustimmung des Leistungsträgers

einholen. Die Solidargemeinschaft unterstützt die Familie, wenn diese nicht aus eigener Kraft eine Lösung erreichen kann. Jugendliche unter 25 können daher auch künftig ausziehen und eine eigene Bedarfsgemeinschaft gründen, wenn sie beispielsweise aufgrund von schwerwiegenden sozialen Gründen nicht auf die Wohnung der Eltern verwiesen werden können oder aber der Bezug einer eigenen Wohnung zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt erforderlich ist. Durch eine Stichtagsregelung erreichen wir, dass diejenigen Jugendlichen, die von zu Hause ausgezogen sind und bereits heute in einer eigenen Wohnung wohnen, nicht in die Wohnung ihrer Eltern zurückziehen müssen.

• **Jugendliche unter 25 werden nicht schlechter gestellt als Ehe- bzw. Lebenspartner.**

Jugendliche unter 25 werden künftig i.d.R. der Bedarfsgemeinschaft der Eltern zugerechnet und erhalten 80 % der Regelleistung. Damit werden sie in der Summe nicht besser und auch nicht schlechter gestellt als die Ehe- bzw. Lebenspartner einer Gemeinschaft, die beide zusammen 180 % der Regelleistung erhalten. Ein Alleinstehender erhält 100 % der Regelleistung, kommt ein Partner dazu, sind es 80 % mehr. Genauso wird künftig auch der Jugendliche unter 25 behandelt. Denn klar ist: Leben mehrere Personen in einer Bedarfsgemeinschaft, dann fallen die Generalkosten des Haushaltes wie z.B. Versicherungen, Strom oder haushaltstechnische Geräte auch nicht mehrfach, sondern nur einmal an. Dies hat die bisherige Regelung nicht berücksichtigt.

• **Volle Leistung bei Reha und im Falle der Erwerbsminderung.**

Um die notwendigen Einsparungen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende erbringen zu können, beträgt der Beitrag an die gesetzliche Rentenversicherung für Bezieher von Arbeitslosengeld II künftig 40 statt 78 Euro monatlich. Die Rentenzeiten und damit der volle Versicherungsschutz in der gesetzlichen Rentenversicherung blei-

Beschluss der Kreismitgliederversammlung der Erlanger SPD am 16.2.2006

Antragsteller: Andreas Richter

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, Parteivorstand, Bundesminister Steinmeier, Landesvorstand

Krieg ist keine Lösung - auch nicht im Iran

Die Ablehnung des Kriegs im Irak durch die ehemalige rot-grüne Bundesregierung ist und bleibt richtig. Dies zeigt sich auch in der jetzigen Situation im Irak jeden Tag aufs Neue. Krieg ist niemals eine Lösung. Dieser Grundsatz gilt ebenso für andere Konflikte. Auch für den Iran. Die diplomatischen Mittel sind hier noch lange nicht erschöpft. Zu Recht wurde schon während des Kriegs im Irak vor einem möglichen Militärschlag der USA gegen den Iran gewarnt. Die Situation mag sich in den letzten Wochen zugespitzt haben, aber trotzdem gibt es nach wie vor keine Beweise dafür, dass der Iran konkrete Pläne zum Bau einer Atombombe hat. Mag das Regime noch so menschenverachtend sein, Fakt ist, dass auch der Iran das Recht auf die friedliche Nutzung der Atomenergie hat. Auch wenn diese aus unserer Sicht ein energiepolitischer Irr-

weg ist. Ein Krieg würde nur ein weiteres Mal vor allem unschuldige ZivilistInnen treffen.

Zudem würde ein Militärschlag den Konflikt westliche gegen islamische Welt nur noch weiter antreiben und die Gefahr eines neuen Weltkrieges heraufbeschwören.

Aus diesem Grund unterstützt der SPD-Kreisverband Erlangen die Position unseres Parteivorsitzenden Matthias Platzeck, militärische Maßnahmen klar abzulehnen.

Nicht zu tolerieren sind insbesondere auch historisch unpassende Vergleiche des iranischen Regimes mit dem Dritten Reich. Hiermit wird die Einzigartigkeit des Holocaust verneint und dieser somit verharmlost.

ben erhalten. Dies ist besonders für Menschen mit unterbrochenen Erwerbsverläufen von großer Bedeutung. Konkret bedeutet dies: Leistungen bei Reha und im Falle der Erwerbsminderung stehen weiter in vollem Umfang zur Verfügung.

• **Übernahme von Miet- und Energieschulden auch als Beihilfe möglich**

Die Übernahme von Miet- und Energieschulden wird nun unmittelbar im SGB II und nicht mehr durch Verweis auf Leistungen aus der Sozialhilfe geregelt. Wir beseitigen damit Doppelzuständigkeiten – Leistungen werden künftig aus einer Hand gewährt. Die Arbeitsuchen-

den müssen sich nicht der im Sozialhilferecht strengeren Einkommens- und Vermögensanrechnung unterwerfen. Wir haben klargestellt, dass Schulden auch als Beihilfe statt in der Form des Darlehens übernommen werden können.

Die Regelung zur Heranziehung des Einkommens des nicht leiblichen Elternteils bei einem nicht leiblichen Kind haben wir gegen den anfänglichen Widerstand der Union aus dem Gesetzentwurf herausgenommen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Joachim Arndt

Aufgrund der aktuellen Diskussion in Deutschland möchte der Monatsspiegel die nachfolgende Rede unseres Abgeordneten Wolfgang Vogel dokumentieren

Kundgebung der Islamischen Religionsgemeinschaft Erlangen

Samstag, 25. Februar 2006 - 13.30 h - Hugentottenplatz, Erlangen

Wolfgang Vogel. MdL

Anrede,

es ist mir ein großes Anliegen und ich bedanke mich bei den Veranstaltern von der Islamischen Religionsgemeinschaft Erlangen, dass ich bei der heutigen Kundgebung als Vertreter der SPD ein Grußwort sprechen kann, und ich soll Sie alle ausdrücklich von Renate Schmidt, unserem Kreisvorsitzenden Robert Thaler, Gisela Niclas, der Fraktionsvorsitzenden und von José Ortega herzlich grüßen.

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Johannes Rau beginnen, unserem Ex-Bundespräsidenten der leider viel zu früh verstorben ist.

„Wir sollten im Westen mehr als bisher bereit sein, die kulturellen Identitäten anderer Völker zu achten. Wir sollten uns bemühen, deren Vorstellungen und Forderungen an uns zu akzeptieren.“ Das hat er nach den Anschlägen vom 11. September gefordert.

Wir haben in Deutschland längst eine kulturell heterogene Gesellschaft. Wir sind deshalb miteinander verpflichtet, die Friedenskräfte in unseren je eigenen Religionen und Traditionen zu stärken und dem politischen Missbrauch religiöser Überzeugungen entgegenzutreten.

Ein friedvolles Miteinander wird dauerhaft nur dort möglich sein, wo Freiheit und Gerechtigkeit, wo die Achtung der Menschenwürde und der Respekt vor den jeweiligen religiösen Überzeugungen gewährleistet sind.

Das sind auch die unverrückbaren Prämissen unseres Grundgesetzes, dem sich alle hier in Deutschland lebenden Menschen verpflichten müssen.

Nun kam es zum Eklat durch die Karikaturen. Empfohlen hätte es sich, dem korrekten Hinweis auf die Pressefreiheit ein deutliches Bedauern voranzu-

stellen. Stattdessen musste das vielfache Nachdrucken der Mohamed-Karikatur in der islamischen Welt nicht anders gedeutet werden als ein trotziges Auftrumpfen. „Nun erst recht!“

Die Pressefreiheit als Grundrecht ist, meine Damen und Herren, von den Vätern und Müttern des Grundgesetzes nicht dazu erdacht worden, die Kränkung religiöser Gefühle zu legitimieren. Die Redaktionen haben getan, was sie durften, aber dennoch besser unterlassen hätten. Es gibt bessere Wege, Pressefreiheit zu demonstrieren.

- Im Spannungsfeld zwischen dieser fragwürdigen und verletzenden Ausnutzung der Pressefreiheit und fanatischen islamistischen Hasspredigern,
- unter dem Eindruck der schockierenden Bilder der jüngsten Geiselnahmen und der Filmaufzeichnungen von Folterungen in Abu Ghreib und Basra durch amerikanische und britische Soldaten

beginnt das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religion und Herkunft z.B. bei der Sprache, in der wir miteinander und übereinander reden.

Und es beginnt in der Art und Weise, wie wir einander begegnen. Deshalb muss ich als Bürger des Freistaats Bayern zuerst einmal nach den problematischen und zweifelhaften Verwaltungsmethoden fragen, mit denen wir unseren muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern begegnen.

Ohne hier und heute einen unangebrachten parteipolitischen Zungenschlag anklingen zu lassen, müssen sich in meinen Augen die so genannten christlichen Parteien doch zu Recht

vorhalten lassen, ob ärgerliche und zum Teil überflüssige Fragebögen - ob in Baden-Württemberg oder in Bayern - gerade in der aktuellen Situation nicht eher Öl ins Feuer der aktuellen Konflikte gießen als hier mäßigend einzuwirken. Politik hat hier eine wichtige Verantwortung, die sich zu allererst an der im Grundgesetz verankerten Menschenwürde zu orientieren hat.

Es wird oft und gerne von Integration gesprochen. Dabei vergisst man aber: Integration setzt ein gesellschaftliches Klima voraus, in dem die gegenseitige Akzeptanz zwischen Einheimischen und Zugewanderten gewollt ist.

Für die Menschen, die heute zur Veranstaltung aufgerufen und eingeladen haben, für die Menschen, die hierher gekommen sind, um gemeinsam zu zeigen, wie ein friedliches Miteinanderleben in Deutschland funktionieren kann, für uns alle ist es verwerflich und zutiefst beleidigend, wenn man bei den über drei Millionen Menschen muslimischen Glaubens in Deutschland auch nur annähernd den Eindruck erweckt, sie würden unter den Pauschalverdacht gestellt, potenzielle Extremisten zu sein. In den letzten Wochen könnte dies auch aufgrund mancher unbedachter Veröffentlichungen und Bemerkung leider geschehen sein.

Das ist bedenklich und inhaltlich falsch.

Islamismus hat mit dem Islam ebenso wenig zu tun wie seinerzeit die Kreuzzüge die Grundwerte des Christentums widerspiegeln.

Wir sollten uns deshalb davor hüten, im Rahmen der Bekämpfung des Terrorismus Migrantinnen und Migran-

ten, insbesondere jene islamischen Glaubens, unter Generalverdacht zu stellen und zu stigmatisieren!

Ich würde mir wünschen, wenn endlich auch im bayerischen Innenministerium das wachsende Misstrauen gegenüber unseren muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in einen offenen Dialog umgewandelt werden würde. Die tagtägliche politische und ausländerrechtliche Praxis wird leider von ganz anderen Überlegungen bestimmt. Ich weiß, wovon ich spreche, wenn ich an manches Gespräch in meinem Abgeordnetenbüro mit muslimischen Mitbürgern zurückdenke.

Denn Integration liegt im Interesse aller - der Deutschen wie der Zugewanderten. Beide Seiten müssen aufeinander zugehen, weil nämlich alle, die hier leben, von einem friedlichen Zusammenleben profitieren.

Das Miteinander birgt auch die Chance, im Blick auf das Fremde, das Andere zugleich das Bewusstsein für das Eigene zu schärfen.

Es offenbart einen größeren kulturellen Reichtum und es befruchtet den Verstand - wenn man denn bereit ist, aufeinander zuzugehen und einander zuzuhören.

Wir distanzieren uns von gewaltbereiten Eiferern und Fanatikern – egal woher sie kommen und welchen Glauben sie haben. Und damit kämpfen wir gegen die verdummenden und unzulässig vereinfachenden Scharfmacher, die unversöhnlich propagieren, dass der Islam der unvermeidbare Feind des „Westens“ sei.

Wir setzen heute ein Zeichen, dass Christen und Muslime eng kooperieren, freundschaftlich und gut nachbarschaftlich zusammenleben können. Unsere heutige Kundgebung ist damit ein wichtiges Signal für eine auf Demokratie und Toleranz gegründete Völkerverständigung. Danke Ihnen allen, die Sie dieses Signal geben.

Solidaritätsadresse der SPD Erlangen

Beschlossen bei der Jahreshauptversammlung am 23.3.2006

Der SPD-Kreisverband Erlangen unterstützt die Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Arbeitskampf gegen unbezahlte Arbeitszeitverlängerung und weitere Einkommenseinbußen.

Arbeitszeitverlängerung zerstört Arbeitsplätze.

Es ist nicht einzusehen, dass in dieser Gesellschaft die einen immer länger arbeiten sollen und die anderen keinen Arbeitsplatz (mehr) finden. Die kürzeren tariflichen Arbeitszeiten wurden in den letzten Jahrzehnten durch gewerkschaftlichen Druck erkämpft und durch maßvolle Lohn-erhöhungen finanziert.

Darum ist es richtig, sie gemeinsam zu verteidigen.

Eine weitere Aufspaltung von Belegschaften mit den unterschiedlichsten Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen muss verhindert werden.



Wir fordern eine Rücknahme der Kündigungen der Tarifverträge für Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld, die Erhaltung der 38,5 Stunden-Woche und eine Ende der Ungleichbehandlung von Beschäftigten.

Die Staatsregierung muss rasch der Einsetzung eines Schlichters zustimmen, um weiteren Schaden vom Land abzuwenden.

Kein Wissenstest, kein Gesinnungstest!

Beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung der SPD Erlangen am 23.03.2006 (initiativ)

AntragstellerInnen: Philipp Dees, Florian Janik, Katharina Ullmann, Monika Wendler

Die SPD Erlangen lehnt die von PolitikerInnen der CDU/CSU geplante Einführung von Wissens- oder Gesinnungsfragebögen für einbürgerungswillige MitbürgerInnen ausländischer Herkunft ab. Sie fordert die SPD-Stadtratsfraktion auf, auf eine entsprechende ablehnende Resolution des Erlanger Stadtrates hinzuwirken. Unser Landtagsabgeordneter und unsere Bundestagsabgeordnete sollen sich für ein klares „Nein“ ihrer jeweiligen Fraktion zu den Planungen der Unionsparteien einzusetzen.

Offiziell sollen die Fragebogenaktionen dabei helfen, potentielle GewalttäterInnen, insbesondere „islamistische TerroristInnen“ vor der Einbürgerung zu erkennen. Dazu sind sie aber nicht geeignet. Niemand kann daran gehindert werden, auf die Fragen des baden-württembergischen Gesinnungstests falsch zu antworten. Und TerroristInnen aus dem Umfeld von El Kaida haben sich bisher immer durch

einen hohen Bildungsstand ausgezeichnet; sie werden wohl kaum Probleme haben, sich auf den hessischen Wissenstest gezielt vorzubereiten und diesen dann auch zu bestehen.

Getroffen werden von den Fragebogenaktionen – die im Übrigen viele missverständliche und irreführende Fragestellungen verwenden – vor allem Menschen, die viele Jahre in Deutschland leben, aber über keinen hohen Bildungsstand verfügen. Dies gilt insbesondere für den hessischen Wissenstest, der Punkte abfragt, die auch vielen Deutschen unbekannt sein dürften und außerdem für eine Einbürgerung nun wirklich nicht relevant sind – warum muss man als Deutscher unbedingt Gemälde von Caspar David Friedrich kennen? Stoiber, Koch, Oettinger, Merkel und Konsorten geht es vor allem darum, MitbürgerInnen ausländischer Herkunft – und darunter vor allem denen islamischen Glaubens – deutlich zu machen, dass sie

in Deutschland und als Deutsche nicht erwünscht sind. Sie setzen auf ausländische Ressentiments, um ihre Konzeptlosigkeit bei der Integrationspolitik zu überdecken.

Fragebogenaktionen können die bestehenden Probleme bei der Integration ausländischer MitbürgerInnen in die deutsche Gesellschaft nicht bekämpfen. Sie setzen bei der Einbürgerung auch viel zu spät an. Notwendig ist ein umfassendes Konzept zur Integrationspolitik, dass insbesondere Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache sowie bessere Bildungschancen für junge Menschen ausländischer Herkunft schafft und sich gerade auf an diejenigen richtet, die neu nach Deutschland gekommen sind. Besonders zu berücksichtigen ist dabei die Situation von Frauen, die in vielen Fällen große Schwierigkeiten haben, überhaupt in Kontakt mit gesellschaftlichen Gruppen zu kommen, weil sie keiner Erwerbsarbeit nachgehen.

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, ein solches Konzept vorzulegen. Den Bestrebungen der Bundeskanzlerin, des Innenministers sowie der Union, das Staatsbürgerschafts-

gesetz zu ändern und Fragebögen verbindlich einzuführen erteilen wir eine Absage. Menschen ausländischer Herkunft sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft, keine Gefahr!

SPD Kreisverband Erlangen - Gleichstellungsbericht 2006

vorgetragen von Dieter Rosner auf der JHV

Ich möchte den diesjährigen Gleichstellungsbericht mit zwei Zitaten beginnen:

„Unsere Politik zielt auf ein selbstbestimmtes, selbstverständlich partnerschaftliches Miteinander von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen, so heißt es im SPD-Programm“

„Die subtilen, teilweise auch offenen Formen der Benachteiligung von Frauen in den Strukturen der Partei und die thematische Vernachlässigung der Geschlechterfrage sind nach wie vor an der Tagesordnung. Auch in ihrer öffentlichen Darstellung vermittelt unsere Partei noch viel zu oft das Bild männlicher Domi-

nanz.“ lautet ein Satz aus dem Frauenförderplan der SPD Mittelfranken

Diese beiden Zitate geben beispielhaft Auskunft darüber, dass Anspruch und Wirklichkeit beim Thema Gleichstellung auch in unserer Partei nach wie vor nicht zufrieden stellen.

Natürlich wollen – davon gehe ich aus – alle Mitglieder unserer Partei die gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann. Ich habe zumindest von keinem gehört, der öffentlich gegenteiliges behauptet. Natürlich wird niemand der Diskriminierung das Wort reden. Ganz so selbstverständlich ist dann schon nicht mehr die Zustimmung zur Quote, zumal sie in der Satzung unseres Kreisverbands hie und da sogar über die 40% hinausgeht.

Auch unsere Programm- und Satzungslyrik darf uns dabei nicht darüber hinwegtäuschen, dass die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Parteileben noch immer nicht erreicht ist, auch nicht bei uns in Erlangen. Und wir müssen darüber

Sparkassen-Finanzgruppe

Jetzt Check-in-Ticket holen und gewinnen!

Schneller ans Ziel mit dem Sparkassen-Finanzkonzept.
Sicherheit, Altersvorsorge, Vermögen.

Sparkasse Erlangen

Haben Sie bei Krankheit oder Unfall auch nach sechs Wochen noch Ihr gewohntes Einkommen? Schließt Ihr Vermögensaufbau die private Altersvorsorge ein? Finanziell gibt es viel zu regeln. Machen Sie deshalb zuerst Ihren Finanz-Check. Holen Sie sich Ihr Check-in-Ticket! Und gewinnen Sie einen der wertvollen Preise im großen Gewinnspiel! Wenn's um Geld geht – Sparkasse.

hinaus und selber kritisch an die Nase fassen und feststellen, dass das Thema Gleichstellung im letzten Jahr bei den diversen Veranstaltungen zwar durch die Kandidatur von Renate Schmidt eine große Rolle gespielt hat (Frauen haben Macht – Wunsch Wirklichkeit Illusion am 8.7.). Darüber hinaus aber in der Parteiarbeit – außerhalb der Arbeit der AsF – eher vernachlässigt wurde.

Wie steht es also um die Repräsentanz von Frauen in der Erlanger SPD?

- Der Frauenanteil in unserer Mitgliedschaft beträgt derzeit 36,76 % das heißt 218 Frauen (von insgesamt 593) sind Mitglied in unserer Partei – eine Frau weniger als im Vorjahreszeitraum. Wir verzeichnen auch weniger Eintritte von Frauen (20 Männer nur 6 Frauen), aber auch weniger Austritte 16 Männer 10 Frauen)
- Es gibt keinerlei Hinweise, dass sich die Altersstruktur der weiblichen Mitglieder gegenüber dem Vorjahr verändert hätte: nach wie vor sind junge Frauen unter 35 und ältere Frauen über 55 in unserer Partei unterrepräsentiert.
- Angesichts des weiblichen Bevölkerungsanteils von über 51 % in Erlangen spiegeln diese Zahlen immer noch wesentliche Probleme in unserer Mitgliederstruktur wider.
- Besser sieht die Repräsentanz von Frauen in den gewählten Gremien aus. Hier wird die statutenmäßig geforderte Quote eingehalten, ja die Verhältnisse reichen an die tatsächlichen Relationen in der Gesellschaft heran:
- unsere Stadtratsfraktion besteht zu 50 % aus Frauen und wir haben eine Fraktionsvorsitzende im Stadtrat
- Wir haben seit September 2005 mit Renate Schmidt wieder eine Frau als Bundestagsabgeordnete
- unsere Delegationen für den Unterbezirksparteitag und den

Landesparteitag sind mit 50 % quotiert, von unseren Bezirkstagsdelegierten sind die Hälfte Frauen

- die Mitglieder aus den Distrikten im Kreisvorstand sind überwiegend quotiert, von den 10 Distrikten haben drei eine Frau als Vorsitzende (Innenstadt: Barbara Pfister, Süden Brigitte Rohr und Dechsendorf Ursula Lanig) – das ist ein leichter Anstiege Rückgang (hier hatten aber auch schon 6 von 10)

Liebe Genossinnen und Genossen, trotz der formalen Erfüllung unserer Gleichstellungsquoten hat sich an den im auch schon in den letzten Jahren aufgezeigten Problemen und Schwierigkeiten wenig geändert

Lasst mich deshalb noch eine Anmerkung zur aktuellen Politik machen.

Wir müssen feststellen, dass im Koalitionsvertrag zum Thema „Frauenpolitik“ wesentlich weniger steht als zur „Familienpolitik“. Auch die SPD als Gesamtpartei hat sich die Familienpolitik als ein zentrales Thema auf ihre Fahnen geschrieben.

Auch wenn eine stärkere Berücksichtigung der Situation von Familien durchaus begrüßenswert ist, wird sie dann problematisch, wenn gleichzeitig die Gleichstellungspolitik in den Hintergrund zu geraten droht.

Primär sind die Erwerbstätigen das Subjekt der Familienpolitik der Großen Koalition, werden die Besserdienenden zu den Profiteuren. Sie gewinnen überproportional. Je höher das Einkommen, desto höher die Möglichkeiten der steuerlichen Absetzbarkeit, desto höher das Eltern-geld.

Hinter der warmen familiären Rhetorik verbergen sich dabei in Wirklichkeit „knallharte“ wirtschaftliche Motive. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nur oberflächlich an der weiblichen Emanzipation ausgerichtet.

Das Ziel, das im Vordergrund steht, lautet: Die gut ausgebildeten Frauen sollen künftig trotz Erwerbstätigkeit vermehrt Kinder bekommen.

Emanzipation der Frau, so scheint es, ist dabei vor allem Mittel und weniger Zweck.

Kein programmatisches Dokument oder öffentliches Begründungsmuster zur Familienpolitik kommt gegenwärtig noch ohne den ökonomischen Hinweis aus, dass Familienpolitik ein wichtiger Wachstumsfaktor sei. Die auf der Mainzer Klausurtagung des SPD-Vorstandes verabschiedeten „Zehn Punkte für Kinder, Familien, Bildung und Gerechtigkeit“ sind dafür ein eindrucksvolles Zeugnis. Gleich an erster Stelle heißt es: „Gute Wirtschafts- und Sozialpolitik beginnt mit Kindern“. Die Marktbezüge durchziehen das ganze Papier: Kinder verursachen „Kosten“, und es muss in sie „investiert“ werden.

Nun kann man nicht leugnen, dass die Rahmenbedingungen der Familienpolitik ein wichtiger Ansatzpunkt auch für die Gleichstellung der Geschlechter sind. Stichwort Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Tatsache ist, dass Gleichstellung hierzulande immer wieder an der patriarchalen Familienstruktur und den Rahmenbedingungen, die sie stützen scheitern, also am Steuer- und Sozialversicherungsrecht, an mangelhaften Kinderbetreuungseinrichtungen und an fehlenden Ganztagschulen.

Mit der Rückbesinnung auf die Familie allein ist aber das Thema Gleichstellung bei weitem nicht abgearbeitet. Hier gilt es aus frauen- und gleichstellungspolitischer Sicht sehr wachsam zu sein.

Frauen- und Gleichstellungspolitik muss ein eigenes wichtiges Feld unserer Arbeit bleiben und darf nicht in der allgemeinen politischen Familieneuphorie der großen Koalition hinter runter fallen.

Wir sollten gerade auch in unserem Kreisverband dies deutlich herausstellen.

Frauenpolitik und Gleichstellungspolitik ist Aufgabe der Gesamtpartei. Das muss so bleiben. Wir dürfen und wollen nicht nachlassen in der Forderung dass - so wie es in unserem Berliner Programm steht - die männliche Gesellschaft überwunden wird, weil wir die menschliche Gesellschaft wollen.

Anger



Vorsitzender:

Christofer Zwanzig Tel.: 4003764

eMail: Christofer.Zwanzig@spd-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
auf diesem Weg möchten wir Euch
herzlich zu unserem

Stadtteilspaziergang am Samstag, den 29.4.2006

einladen, den wir gemeinsam mit der
SPD-Stadtratsfraktion veranstalten.

Treffpunkt ist um 14.00 Uhr am Bür-
gertreff in der Isarstraße. Der Rund-
gang wird gegen 16.00 Uhr am Bür-
gertreff in der Villa (Äußere Brucker
Straße 49) mit Kaffee und Kuchen en-
den. Die genauen Stationen entnehmen
Ihr bitte dem Flugblatt, das wir an alle
Haushalte verteilen bzw. unter
www.spd-erlangen.de

Mit solidarischen Grüßen für den Vor-
stand

Christofer Zwanzig und Sandra Radue

Bruck



Vorsitzender:

Wolfgang Peter Tel.: 303090

eMail: bruck@spd-erlangen.de

Vorankündigung:

Der Distrikt Bruck trifft sich zu seiner
Jahreshauptversammlung am
16. Mai 2006 um 20 Uhr.

Wir möchten alle Brucker Genossin-
nen und Genossen bitten, sich diesen
Termin vorzumerken.

Wir würden uns sehr freuen, mal wie-
der ein paar Gesichter mehr zu sehen.

Mit sokidarischen Grüßen

Wolfgang Peter

Vorsitzender:

Wolfgang Peter Tel.: 303090

eMail: bruck@spd-erlangen.de

Eltersdorf



Vorsitzender:

Manfred Jelden Tel: 601333

Liebe Genossinnen und Genossen,
Unser nächstes Distrikttreffen ist am
**Dienstag, den 11. April
um 20 Uhr
im Schützenhaus Elters-
dorf**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand

Manfred Jelden

Frauenaurach



Vorsitzender:

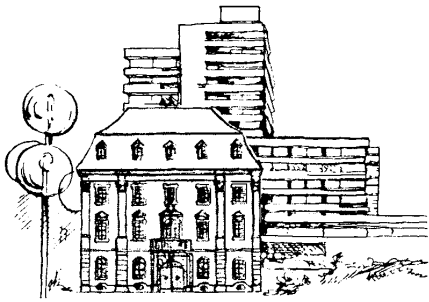
Thomas Hain

Einladung zur Mitgliederversammlung
des Distriktes Frauenaurach

**Am Dienstag, den 11.
April 2006 um 20.00 Uhr
Im AWO-Raum,
Gaisbühlstr. 4**

Christian Pech wird zum Thema „**Quo
vadis SPD**“ referieren. Insbesondere
sollen die Auswirkungen der Arbeit der
Bundes-SPD innerhalb der Koalition auf
die kommunale Ebene diskutiert wer-
den.

Für den Vorstand Gabi Dorn-Dohm-
streich



Innenstadt

Unsere nächste Mitgliederversammlung findet statt

**am Donnerstag (!), 6.
April, 20 Uhr
in der „Kulisse“, Theater-
straße.**

Vorsitzende:

Barbara Pfister Tel. 502481
e-Mail: barbara.pfister@fen-net.de

Wir wollen unsere Diskussion zum Thema

„Kommunalpolitische Zwischenbilanz – zwei Jahre vor den Wahlen“,

die wir im März begonnen haben, fortsetzen und insbesondere Perspektiven für unseren Distrikt entwickeln. Unse-

re StadträtInnen Florian Janik und Barbara Pfister werden dazu berichten.

Grundlage: Kommunalpol. Programm 2002 des Distrikts (kann auf Anfrage gerne zugeschickt werden; ist auch auf der Homepage www.spd-erlangen.de eingestellt).

Für den Vorstand

Barbara Pfister



Ost

Vorsitzender:

Jochen Kraft Tel.: 507531
e-mail: Kraft.Jochen@gmx.de

stellvertretende Vorsitzende:

Monika Wendler Tel.: 401737
e-mail: moni.wendler@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
Distriktversammlung

**am Donnerstag, den
20.04.2006, 20.00 Uhr
in der Waldschänke
Lange Zeile 104**

Bericht zur Jahreshauptversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
am Donnerstag den 16. März haben wir unsere diesjährige Jahreshauptversammlung abgehalten. Anwesend waren 10 Genossinnen und Genossen. Nach der Begrüßung habe ich meinen Rechenschaftsbericht vorge-

tragen. Darin habe ich zuerst auf die allgemeinen Entwicklungen innerhalb unserer Parteiarbeit zurückgeblüht. Von den rein organisatorischen Daten regelmäßiger Sitzungen (10 im letzten Jahr + einer Weihnachtsfeier) und stabiler Mitgliederzahlen (52), über die Neuwahl unserer Vertretung im Kreisvorstand, die seit Mai von Karin und Hans Wachter wahrgenommen wird, bis zu der, wegen der beruflichen Veränderung Jan Linnemanns, notwendig gewordenen Neubesetzung des Kassenwarts, die seit August von Heiko Kremer bekleidet wird. Um endlich unserem Ziel der Wiedereinführung des Ostbotens näher zukommen, haben wir zudem im letzten Jahr mit Alexander Wahl einen Beauftragten für den Ostboten eingesetzt.

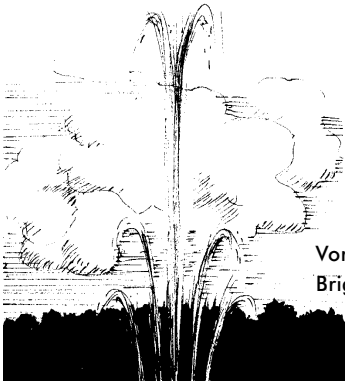
In einem zweiten Abschnitt habe ich Rückschau auf die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit gehalten. Dabei lag der Schwerpunkt auf der Bürgerversammlung im April letzten Jahres und unseren Aktivitäten im Rahmen des Bundestagswahlkampfes, hier vor allem auf das Sommerfest im Röthelheimpark, dass wir gemeinsam mit dem Distrikt Süd und großer Unterstützung durch den Kreisverband mit großem Erfolg veranstaltet haben.

Anschließend präsentierte Heiko seinen Kassenbericht, worauf der Vorstand auf Antrag der Kassenprüfer einstimmig entlastet wurde.

Danach berichtete Alexander über seine Fortschritte bei der Wiederbelebung unserer Ortsteilzeitung und deren Finanzierung. Darauf haben wir über das Bürgerfest in Sieglitzhof am 13. Mai beraten. Dort wollen wir wieder Präsenz zeigen und uns an einem SPD-Stammtisch treffen. In diesem Zusammenhang haben wir diskutiert, ob wir dort, eventuell gemeinsam mit der Union, eine Tombola zugunsten unserer Partnerstadt San Carlos veranstalten. Karin hat sich bereit erklärt auszuloten, ob die Möglichkeit dazu besteht und ob sich unser Vorhaben noch in der Kürze der Zeit umsetzen lässt. Die weitere Planung wird dann auf unserer nächsten Sitzung besprochen.

Für San Carlos haben wir auch auf unserer Sitzung gesammelt. In knapper, ergänzender Form haben wir uns noch mit den Satzungs- und Statutenänderungen der Bundespartei befasst, die auf dem Parteitag im November in Karlsruhe beschlossen wurden. Das Thema hatten wir bereits auf unserer letzten Sitzung angeschnitten. Abschließend haben wir auf Grundlage einiger Zeitungsartikel aus den sechziger Jahren, die Andreas Hahn mitgebracht hatte, einen Ausflug in die Vergangenheit unternommen und so einen Einblick in die Art der politischen Auseinandersetzung der damaligen Zeit erhalten.

Süd



Vorsitzende:
Brigitte Rohr

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden euch herzlich ein zu unserer
am

**JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG
am Mittwoch, 03. Mai
2006 20 Uhr
im Biergarten am
Röthelheim**

Tagesordnung:

- 1) Eröffnung und Begrüßung**
- 2) Aktuelles**

3) Bericht über das vergangene Jahr

4) weitere Planung und Termine

5) Sonstiges

Über euren zahlreichen Besuch würden wir uns freuen.

Euch allen Frohe Ostern!

Herzliche Grüße

Brigitte Rohr

Tennenlohe



Vorsitzender:
Rolf Schowalter Tel.: 601924
e-mail: RolfSchowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung

**am Dienstag, 04.04.2006,
20.00Uhr
Schloßgaststätte**

Tagesordnung:

- 1. Berichte.**
- 2. Diskussion aktueller Themen**
- 3. Gestaltung des Schaukastens**
- 4. Verschiedenes.**

Weitere Termine: Distriktversammlungen am 9.5 (Diskussion über neues Grundsatzprogramm), 20.6 (San Carlos).

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktversammlungen vom 14.3.06

1. Aktuelles

Aus dem KV: Leserbrief Dr Kamlah

Friedhof: Begehung am 2.3. ergab: 3 Dringlichkeits-Anträge an die Fraktion

- a) Errichtung und Finanzierung einer weiteren Urnenwand kurzfristig und
- b) Beibehaltung der Erweiterungsfläche im Flächennutzungsplan
- c) Bessere Beschilderung zum Friedhof

Alfred beantragt Wiedereinführung eines Telephonischen Notdienstes im Friedhofsamt an Samstagen. (gab's früher, wurde offenbar eingesparrt).

2. Neuwahlen

Berichte und Entlastungen wurden auf der vorhergehenden Distriktversamm-

lung behandelt. Anwesend sind 11 Wahlberechtigte. Robert Thaler übernimmt die Versammlungs- und Wahlleitung. Er würdigt die kontinuierliche und konstruktive Arbeit der Tennenloher SPD und insbesondere des Vorsitzenden für den Ortsteil Tennenlohe und für die Erlanger SPD und nannte vor allem den „Tennenloher Boten“ vorbildlich.

In geheimer schriftlicher Wahl wurden gewählt:

Vorsitzender	Rolf Schowalter
Kassier	Gert Büttner
Schriftführer	Christoph Schnapper
Beisitzer	Alfred Opitz
Beisitzerin	Gertrud Reich-Schowalter
Beisitzerin	Ursula Schnapper
Revisor	Hans Hauer
Revisorin	Heidrun Schroeder
Vertreter KV	Alfred Opitz
Vertreterin KV	Hildegard Reinwardt

Alle Gewählten nehmen die Wahl an.

3. Rente mit 67

Die freie Diskussion über die Rentenproblematik und Rente mit 67 konnte auf hohem Niveau geführt werden, da

viele Anwesende durch ihren Beruf oder ihre engagierte Mitwirkung in Arbeitsgruppen ein beträchtliches Detailwissen einbringen konnten. Einige wesentliche Aspekte seinen hier stichwortartig wiedergegeben:

- Das Verhältnis Beitragszahler zu Rentner verändert sich dramatisch (11:1 zu Zeiten Bismarcks; 2,2 :1 heute; 1,5 : 1 Prognose 2050)
- Die Regierung versucht im bisherigen System den Beitragsatz unter 20 % zu halten (Lohnnebenkosten)
- Schon heute zahlt der Bund ca. 25 % der Rente aus Steuermitteln (Bundeszuschuss – wachsend, Ökosteuern)
- In einer andauernden interessengesteuerten publizistischen Kampagne wird die bisheriger Rentenversicherung (Generationenvertrag) schlecht geredet und die kapitalgedeckte Rente propagiert (Gewinnchancen für die Finanzbranche)
- Jede Rente – auch die kapitalgedeckte – ist eine Art Umlageverfahren. Was jetzt ausbezahlt wird, wird auch jetzt produziert)

- Das Problem der Rente sind derzeit nicht so sehr die Ausgaben (Höhe der Rente), sondern die Einnahmen
- Arbeitslosigkeit
- Nicht-sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (MiniJobs, 400 Jobs, Praktika) - - Später Eintritt in das Berufsleben
- Vorzeitiger Rentenbeginn (durchschnittlich unter 62 Jahren)
- Auch die kapitalgedeckte Rente ist problematisch. Zum Beispiel hat ein berufständisches Versorgungswerk die Rentenzusage für derzeitige Beitragszahler dramatisch gekürzt, weil die Kapitalmarktrenditen gesunken sind und die Sterbetabelle angepasst wurde. Außerdem trägt der Versicherte ein erhebliches Inflationsrisiko.
- Wegen des starken Geburtenrückganges erwarten Arbeitsmarktexperten ab ca. 2015 einen gewaltigen Knick im Arbeitsangebot und spürbaren Mangel an Fachkräften. Es wird erwartet, dass der derzeitige

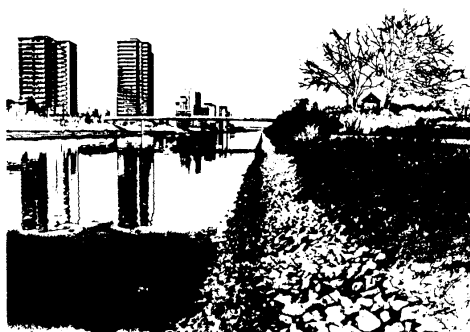
ge Trend, (Höherqualifizierte verdrängen weniger Qualifizierte) zum Stillstand kommt und ausgebildete Leute gesucht werden und eine angemessene Beschäftigung finden.

- Unter heutigen Gegebenheiten wäre eine Rente ab 67 lediglich ein Programm zur Rentenkürzung.

4. Nachfeier

Adolf Most wurde 80 Jahre alt. Viele Genossen haben ihn an seinem Geburtstag besucht und ihm gratuliert. Rolf präsentierte nun eine kleine Auswahl von Bildern aus Adolfs Leben als Power-Point-Präsentation.

C. Schnapper



Vorsitzender:

Gerd Peters Tel.: 44366
e-mail: gerd@peters.franken.de

Protokoll der Distriktsversammlung vom 22.3.2006

Bei den regelmäßigen Berichten ergab sich, dass aus dem Ortsbeirat nichts Neues zu vermelden ist, aus der Kreisvorstandssitzung wurden insbesondere Termine / Veranstaltungshinweise übermittelt. Bei dem Bericht aus der Fraktion stand das Thema Erweiterung der Rastanlage Frauenaurach im Mittelpunkt; als erster Erfolg ist die ange-

West

botene Reduzierung der geplanten Kapazität um 30% zu verzeichnen. Dies ist aber immer noch nicht akzeptabel, der Widerstand gegen das Vorhaben muss also weiter gehen.

Als Versammlungsleiterin für den Teil Jahreshauptversammlung wurde Ursula Rechtenbacher gewählt. Gerd Peters gab dann den Rechenschaftsbericht ab. Mitgliederstand Ende Januar 136 (Vorjahr 137), darunter 53 Genossinnen (Vorjahr 50). Die Themen der politischen Arbeit wurden resümiert. Ein Neues Hallenbad im Stadtwesten im Rahmen der Bäder-Diskussion? Planung eines Vereinssportgeländes westlich des Kanals, Stadtplanung im Bereich des Cessiwid-Geländes, Reform des Sozialversicherungssystems in Deutschland, Trasse für den Ringschluss Adenaurering, Erlanger Kulturpolitik, Arbeit des Arbeitskreises ToBac (vgl. das Protokoll der Febr-Veranstaltung in diesem MS).

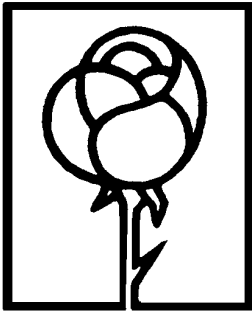
Ein „Westbote“ konnte produziert und verteilt werden, eine weitere Ausgabe steht vor der Druckreife.

Bei den Wahlen wurden gewählt: Gerd Peters (Vors.), Lena Zoglauer (stellvert. Vors.), Philipp Dees (Kassier) sowie Walter Lang, Andreas Wägner und Hans Buerhop (Beisitzer). Bei 11 Stimmberechtigten wurden alle entweder einstimmig oder mit einer Enthaltung gewählt. Feli Traub-Eichhorn und Andreas Wägner sollen den Distrikt weiter im Kreisvorstand vertreten. Revisoren sind unverändert Ursula Rechtenbacher und Winfried Stein.

Unter „Verschiedenes“ wurden folgende Punkte angesprochen und teilweise auch intensiver diskutiert: Funktioniert die Busspur auf dem Büchenbacher Damm richtig? Zustand des Stadtarchivs, Sachstand Vereinssportanlage im Stadtwesten, Sponsoring der Fa. Siemens und Verhalten von dem dafür zuständigen CSU-Stadtrat Hopfengärtner, Porno-Plakatierung durch das E-Werk für einen Auftraggeber, Dreck im Stadtwesten nach der Schneeschmelze.

Protokollführung: Gerd Peters

ASF



Die ASF lädt ein

zur nächsten AsF-Mitgliederversammlung

**am Mittwoch, den 5. April
2006
um 20:00 Uhr im August-
Bebel-Haus**

Thema:

**„Frauen- und familiengerechte
Stadtplanung am Beispiel
Röthelheimpark“**

**Referentin: Petra Cremer (Pro-
jektgruppe Röthelheimpark)**

Wir freuen uns auf Euer Kommen und
eine anregende Diskussion.

Terminvorschau:

3. Mai: AsF-Mitgliederversammlung
5. Juli: AsF-Mitgliederversammlung

Vorsitzende:

Gabi Dorn-Dohmstreich Tel.: 992114
Birgit Hartwig Tel.: 55939
Hildegard Gröger Tel.: 502415
Julie Mildenberger Tel.: 23435

Für den Vorstand

Gabi Dorn-Dohmstreich



Vorsitzende:

Birgit Brod
e-mail:
biggibrod@gmx.de

Liebe Jusos,

im April treffen wir uns am

**04.04. zu unserer Jahres-
hauptversammlung**

(schriftliche Einladung beachten), und
am

**18.04. findet unsere Mit-
gliederversammlung wie
gewohnt um 20.00 im
August-Bebel-Haus statt.**

Mit sozialistischen Grüßen,

Birgit

AK Kommunalpolitik

**Dienstag 25.4.2006
18-20 Uhr
August-Bebel-Haus**

**Vorbereitung Kommunalpolitisches
Programm**

Florian Janik

Kommunalpolitischer Referent



Vorsitzende:

Brigitte Mugele Tel.: 22397

Liebe Genossen und Genossinnen!

Unser Treffen im April findet im

**August-Bebel-Haus statt,
und zwar am 26.4. um 17
Uhr.**

**Thema: Was bedeutet „Betreutes
Wohnen“ wirklich.**

Ich werde Euch dazu einen Überblick
geben über seriöse und nicht so se-
riöse Angebote auf dem Wohnungs-
markt. Wie üblich mein Aufruf: Kommt
möglichst zahlreich!

Bis dahin, Eure Brigitte.

Am 10.3 fanden die Neuwahlen des
Unterbezirksvorstandes statt.

Zum 1. Vorsitzenden wurde gewählt
Alois Langbrugger aus Adelsdorf, zu
seine Stellvertreterin **Brigitte Mugele**
und als Stellvertreter **Adolf Albrecht**,
beide aus Erlangen. Schriftführer wur-
de **Dieter Breyer**, Beisitzer **Georg
Fellner, Dr. Helmut Aichele, Inge Ai-
chele** und **Sigmund Bischof**. Die Ver-
tretung im Unterbezirksvorstand und
im Bezirksvorstand wird Adi Albrecht
vornehmen.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Um mich bekannt zu machen, möchte
ich mich Euch kurz vorstellen :

Alois Langbrugger geb.
08.03.1940 in Vordernberg / Stmk.
Österreich

Erlerner Beruf : Werkzeugmacher mit
Meisterprüfung

Bis 1962 in Österreich anschließend
Reise in die BRD Ruhrgebiet

Meine Haupttätigkeit spielte sich im
Kraftwerksbau (Pauschalreparaturen
u. Revisionen) ab.

Durch meine Arbeit als Richtmeister, im
KW-Franken 2 lernte ich Land und Leu-
te kennen, das Ganze gefiel mir so
gut, dass ich noch im August 1978 in

Duisburg kündigte und für ganz hierher zog, wo ich dann mit einem Kollegen einen Sondermaschinenbau führte und in Adelsdorf, eine Wohnung mietete.

Da ich der Meinung bin, dass ihr nun einigermaßen informiert seid, komme ich jetzt zum Wesentlichen.

Im März 2003 kamen wir (Jörg Bubel u. die leider zu früh verstorbene Edith Duffey) in einer Wahlveranstaltung auf den Punkt-der SPD- beizutreten, bis dahin war ich der Meinung, als Ausländer (wenn auch deutschsprachig) käme ich da nicht rein.

Mittlerweile wurde ich auch in den Vorstand des Ortsvereines in Adelsdorf gewählt und versuchte da, so viele Treffs u. Veranstaltungen wie möglich, mitzumachen, was mir, meiner Meinung nach, ganz gut gelang.



Alois Langbrugger

So kam ich auch am 10.03.06 in die UB-Versammlung wo man mir (mehr aus Verlegenheit,

weil sich keiner dazu bereit erklärte) das Amt des Vorsitzenden bei 60+ anbot.

Ich habe mich dazu entschlossen, es zu machen und hoffe, dass ich mich dabei nicht übernommen habe. Ich vertraue auf die Aussage eines führenden deutschen Politikers (ihr wisst wen ich meine) der einst gesagt hat – Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand – ich möchte mich allerdings nicht nur darauf verlassen, aber ich meine, wenn ihr mir bei der Aufgabe behilflich seid, werden wir bestimmt das Eine oder Andere für uns und in unserem Sinne, auch mit meinen bescheidenen Mitteln, erarbeiten können.

Mein Wille dazu ist vorhanden!

Dass aller Anfang schwer ist, wissen wir alle zur Genüge, darum bin ich dankbar für jede hilfreiche Anregung und Kontaktaufnahme.

Ich wünsche Euch und mir eine gute, erfolgreiche, lukrative Zusammenarbeit!

Auf Eure wohlwollende Unterstützung hoffend, schließe ich mit bestem Dank

Euer Alois

Der neue UB-Vorsitzende **Alois Langbrugger** von 60 Plus hat uns folgenden Aufruf geschickt:

Ganz kurz als Vorschlag!

Es geht darum, neue aber gemeinsame Wege zu beschreiten und das Erreichte fortzuführen!

Deshalb meine Frage, ob unsere Arbeit nicht lukrativer wäre und mehr Zustimmung findet,

wenn wir gemeinsam – Stadt und Land bei 60+ agieren, darum möchte ich vorschlagen, dass wir, wenn irgend möglich, in Zukunft, so im Zeitraum von 6-8 Wochen, jeweils einen anderen Versammlungsort wählen, um unsere Meinungen, Anregungen und Ansichten zu diskutieren und die Belange der Alten, aber auch die der nachrückenden 50 u. mehrjährigen, allgemein verständlich zu besprechen. Sie sollen ja eines Tages unsere Arbeit weitermachen, deshalb wäre vielleicht ein frühzeitiges andocken auch sinnvoll, vorausgesetzt, dass Interesse besteht.

Vielleicht wäre es auch möglich eine kleine 1/2- oder Jahresschrift heraus zu bringen, um unsere Arbeit einem breiteren Publikum näher und eventuell zum Nach- und Mitdenken zu geben.

Vor Allem die Entwicklungen und Fortschritte in Ernährungswissenschaft, Medizin u. Pharmaprodukten ermöglichen es, dass die Menschen allgemein, wenn sie nicht bereits durch ihre Lebensweise oder durch ihren Einsatz im Berufsleben vorgeschädigt sind, doch um einiges mehr an Lebenserwartung haben.

In meiner Jugend waren 60 jährige alte Leute, die man praktisch mehr oder weniger abgeschrieben hatte. Gott Lob ist das heute nicht mehr der Fall, im Gegenteil, einer meiner Landsleute singt seit Jahren: .."Mit 66 Jahren, da fängt das Leben an ..." also halten wir uns daran und sagen gemeinsam

....Wir packen's an!!

Ich selbst bin bereit, so oft es geht, an den diversen Orten dabei zu sein!

Hauptsächlich um Euch kennen zu lernen und die dann sicher vermehrt aufkommenden Ansichten aufzunehmen.

Ich kann Euch natürlich keine Vorschriften machen, sondern nur Vorschläge und wenn das akzeptiert wird, können wir darüber sprechen.

Es nützt nichts, wenn ein Fenstergucker zwar von draußen alles mitkriegt, aber keiner stehen bleibt und mit ihm über die Vorkommnisse diskutiert.

Ich hoffe, ich habe mich verständlich ausgedrückt und danke Euch, dass Ihr mir Gehör geschenkt habt.

Eine schöne Zeit bis demnächst - Euer ALOIS

21. März 2006

Wir gratulieren zum Geburtstag:



Wir möchten allen, die im April ihren Geburtstag feiern, gratulieren und wünschen für das nächste Lebensjahr alles Gute.

April 2006	09.04.	Bernhard Richter 50 Jahre
01.04.	Renate Habermeier-Strau- be 65 Jahre	14.04. Martin Böller 65 Jahre
02.04.	Christos Peridis 70 Jahre	15.04. Manfred Symanek 74 Jahre
03.04.	Walter Görnitz 82 Jahre	17.04. Paul Hartner 81 Jahre
03.04.	Otto Seidl 93 Jahre	17.04. Martin Scheidig 83 Jahre
05.04.	Roland Köppel 50 Jahre	20.04. Waltraut Symanek 72 Jahre
07.04.	Reta Grohs 95 Jahre	27.04. Heide Wegener 74 Jahre
08.04.	Andreas Lochner 70 Jahre	30.04. Herbert Sammetinger 83 Jahre

Andreas Lochner wird 70

Unser Distrikt Eltersdorf hat einen Namen: Andreas Lochner.

Andreas ist hier Multifunktionär: Andreas ist der Distriktskassierer, Andreas verteilt den Monatsspiegel, Andreas verteilt im Wahlkampf Prospekte, er stellt die Plakatständer auf und plakatiert.

Und man kann sich auf Andreas hundertprozentig verlassen: Der Kassenbericht kommt immer pünktlich und korrekt. Jeden Monatsanfang wird der Monatsspiegel abgeholt und verteilt und im Wahlkampf ist es Andreas, der im Büro nachfragt, ob es etwas zu verteilen oder zu plakatieren gibt.

Lieber Andreas, es ist eine große Freude, mit Dir zusammen zu arbeiten.

Ein herzliches Dankeschön für Deine Zuverlässigkeit und Deinen Einsatz!

Ich wünsche Dir gute Gesundheit und gemeinsam mit Deiner Frau Karin, Deinen Kindern und Enkeln ein langes und schönes Leben.

Alles Gute zu Deinem 70. Geburtstag!

Für den Kreisverband:
Karin Franke

Reta Grohs

Herzlichen Glückwunsch zum 95. Geburtstag!

Unsere Bebel-Uhr-Trägerin Reta Grohs wird am 7. April 95 Jahre alt.

Reta entstammt einer kinderreichen Familie aus Bruck und musste schon frühzeitig die Schule verlassen, um für die Familie Geld zu verdienen.

1933 heiratete sie ihren inzwischen verstorbenen Mann.

Bis zur Geburt ihrer Tochter Gerda im Jahr 1939 arbeitete sie in der Erlanger Baumwollspinnerei.

Nach dem Krieg übernahmen sie und ihr Mann den Hausmeisterposten in der Militär-Regierung, später im Amerika-Haus und anschließend bei der SiWoGe.

Seit 1928 ist Reta Mitglied in der SPD und bekannte sich auch während der Nazi-Diktatur zu den Idealen der Sozialdemokratie.

Sie widmete sich vor allem der Jugendarbeit. Schon in der Weimarer Republik engagierte sie sich in der Kinderfreude-Bewegung und baute später gemeinsam mit ihrem Mann 1946 in Erlangen die sozialistische Jugendbewegung „Die Falken“ auf.

1990 verlieh der SPD-Kreisverband Erlangen die August-Bebel-Uhr an Reta Grohs.

Liebe Reta, wir wünschen Dir alles Gute zu Deinem Ehrentag!

Deine Erlanger SPD



Aus dem Bundestag

Von Renate Schmidt

Die Föderalismusreform: Lange Zeit haben die Verhandlungsführer von Bund und Ländern an dem nun vorliegenden Kompromiss gearbeitet. Der Entwurf stellt die größte Verfassungsreform seit 1949 dar. Nur wie ich meine, geht ein Teil der Reform an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger vorbei. Diese wollen insbesondere für ihre Kinder in Kindergarten und Schule mehr und nicht weniger Einheitlichkeit. Genau das Gegenteil wird der Fall sein: Wenn der Bund beispielsweise der Meinung ist, er möchte für den Ganztageschulbau vier Milliarden Euro zur Verfügung stellen (wie dies beim IZBB-Programm der Fall war), darf er das künftig nicht mehr.

Vor allem in der Bildungspolitik und in der Umweltpolitik verliert der Bund an Kompetenzen. Projektförderungen, bei denen der Bund Geld zur Verfügung stellt um Angelegenheiten, die in Länderkompetenz liegen, positiv zu beeinflussen sind künftig nicht mehr möglich. Es werden sich in der Schulpolitik nur noch finanzstarke Länder behaupten können. Der Graben zwischen den armen Bundesländern, die weniger Geld in die Bildung investieren können und den wohlhabenderen Ländern, die ihre Schulen und Hochschulen besser ausstatten können wird sich noch weiter vertiefen. Das Verfassungsziel, „gleichwertige Lebensverhältnisse“ in Deutschland herzustellen wird damit konterkariert. Das gilt auch für andere Bereiche, wie zum Beispiel das Heimrecht. Künftig wird es für jedes Bundesland ein anderes Heimrecht geben – St. Bürokratie lässt grüßen.

Ich bin jedoch zuversichtlich, dass der Bundestag und seine Abgeordneten so eine Föderalismusreform nicht un-

verändert absegnen werden. Es wird Änderungen in den wichtigen Punkten geben, dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger, endlich klare und einheitliche Strukturen zu schaffen wird gefolgt werden. Es braucht eine breite Diskussion in der Bevölkerung, eine so große Verfassungsänderung muss von einer stabilen Mehrheit in der Bevölkerung mitgetragen werden.

Renate Schmidt informiert über neue Studienkredite

„Die Kreditanstalt für Wiederaufbau legt ein neuartiges Studienkreditprogramm auf: Zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts während des Erststudiums können Studierende vergünstigte Studienkredite bei der KfW Förderbank erhalten“, informiert die SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Schmidt, Berichterstatterin für BAFÖG im Bildungsausschuss.

Die Kredite werden grundsätzlich jedem Studierenden unabhängig von der jeweiligen individuellen Bonität oder dem gewählten Studienfach zur Verfügung stehen. Sie sollen vor allem den Studierenden zur Verfügung stehen, die auf Grund des Einkommens ihrer Eltern nicht BAFÖG-berechtigt sind.

„Das Programm ist eine begrüßenswerte und längst überfällige Ergänzung zum bisherigen Studienförderungsprogramm,“ freut sich Renate Schmidt.

Der Zinssatz des KfW-Studienkredits gestaltet sich variabel: Bereits heute sichert die KfW für den Start des Programms am 1. April 2006 einen Zinssatz von maximal 5,1 Prozent p. a. nominal zu. Eine Zinsanpassung erfolgt halbjährlich. Bei Vertragsabschluss garantiert die KfW dem/der Studierenden zudem eine Zinsobergrenze für einen Zeitraum von 15 Jahren.

Nähere Informationen sind unter www.kfw.de abrufbar.

Informationen aus dem Landtag



CSU weiter im Kürzungswahn

Am 25. und 26. April soll nach der von der Staatsregierung vorgelegte Nachtragshaushalt im Bayerischen Landtag verabschiedet werden. Der Entwurf verspricht nichts Gutes. CSU und Staatsregierung wollen an der „schwarzen Null“ festhalten, obwohl 2006 mit seinen sinkenden Steuereinnahmen das dümmste Jahr dafür ist. Bereits im nächsten Jahr ist auf Grund der Steuergesetzgebung des Bundes mit kräftigen Mehreinnahmen zu rechnen.

CSU und Staatsregierung sparen den Einnahmeausfällen hinterher. Sie verweigern damit dem notwendigen Spagat zwischen Konsolidierung und Wachstum. In Bayern soll 2006 die Konsolidierung mit der Brechstange geschehen – nach dem Rekordschuldendjahr 2005 mit 1,84 Milliarden Euro neuen Schulden, jetzt plötzlich die Null.

Das heißt: Die Investitionsquote – im letzten Jahr mit 11,7 Prozent die niedrigste aller Zeiten und sogar noch 0,9 Prozent hinter dem Ansatz – würde heuer noch mehr absacken. Auch den Kommunen droht Ungemach: Von den angeblich zusätzlichen 120 Millionen Euro für kommunale Investitionen bleiben bei genauem Hinsehen nur 30 Millionen Euro übrig.

SPD will Investitionen in Bildung

Wir wollen natürlich konsolidieren. Wir wollen aber auch in die Zukunft investieren – in Bildung, in Familie, in Kinderbetreuung und in die Daseinsvorsorge bei den Kommunen. Diesen Ansatz hat die CSU leider immer noch nicht begriffen.

Dabei brodelt es selbst schon innerhalb der CSU. Der Unmut vieler CSU-Abgeordneter, die draußen beim Wählervolk Stoibers Kürzungswahn zu verteidigen haben, hat eine kritische Höhe erreicht. Wer will sich schon gerne für einen finanzpolitischen Nonsens verhauen lassen, gerade wenn er vom ungeliebten Stoiber kommt, dem viele seine überstürzte Flucht aus Berlin vor fünf Monaten bis heute nicht verziehen haben.

Um Druck vom Dampfkessel zu nehmen, hat die CSU-Landtagsfraktion beschlossen, eine unter paritätischer Leitung von Staatsregierung und CSU-Landtagsfraktion stehende „Zukunftskommission moderner Staatshaushalt“ einzusetzen. Ob daraus mehr wird als ein kultivierter und folgenloser Aufstand der Zwerge, wird die Zukunft zeigen. Vorläufig ist eher davon auszugehen, dass die CSU nach dem Motto verfährt: „Und wenn ich nicht mehr weiter weiß, dann gründ' ich einen Arbeitskreis.“

Allerdings ist dieser Beschluss eigentlich schon bemerkenswert: Er bedeutet nämlich, dass der Ministerpräsident nicht mehr die Richtlinien der Politik in Bayern bestimmt, sondern eben die Zukunftskommission. Was heißt: Stoiber kann's nicht, er hat versagt.

Diese Erkenntnis ist für uns nicht neu: Doch jetzt haben offensichtlich auch CSU-Fraktion und Staatsregierung erkannt, dass die „Schwarze Null“, der sie sechs Jahre hinterher gerannt sind, inhaltsleer und politisch hohl ist. Die für die Kommission genannten Arbeitsbereiche Bildung, Forschung, Innere Sicherheit und Erhöhung der Investitionen sind nichts anderes als das Eingeständnis der politischen Defizite in Bayern, die sich aus der Politik der Schwarzen Null ergeben haben. Diese Defizitliste soll jetzt offensichtlich die Agenda der Kommission bestimmen.

Bayern fällt zurück

Der Kürzungswahn von Stoiber im Staatshaushalt hat verheerende Folgen. Die aktuell bekannt gewordenen schlechten Zahlen zum Wirtschaftswachstum in Bayern sind das Ergebnis der verfehlten Kürzungspolitik der Staatsregierung. Wirtschaftsminister Huber erwischte prompt einen Fehl-

start. Er musste einräumen, dass Bayern beim Wirtschaftswachstum inzwischen mit nur 1,2 Prozent auf den fünften Platz zurückgefallen ist.

Dieses Ergebnis kann nicht überraschen. Überraschend ist nur, dass die CSU-Regierung in einem Anfall von Ehrlichkeit einräumt, dass wir bei weitem nicht mehr Spitzenreiter sind. Deshalb fordern wir: Es darf keine weiteren Kürzungen geben: Die Staatsregierung muss den Menschen wieder Lohn und Brot geben.

An der Misere der Bauwirtschaft zeigt sich, wie sehr die Politik der Staatsregierung der Wirtschaft schadet. Die Haushaltskürzungen der Staatsregie-

rung haben den kleinen und mittleren Unternehmen eine halbe Milliarde Euro an Investitionsmitteln entzogen. Eine 2004 von der SPD in Auftrag gegebene Studie hat ergeben, dass die Kürzungen der Staatsregierung ein Prozent Wirtschaftswachstum kostet. Wir sehen uns in unserer Einschätzung der fatalen Auswirkungen der Stoiberschen Kürzungspolitik bestätigt. Nach dem Abschied aus der Champions League muss die CSU-Staatsregierung schnellstens aufhören, die bayerische Wirtschaft kaputt zu sparen.



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Mörendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

.....
Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr
im E-Werk an der Fuchsenwiese,
Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....
Jeden ersten Montag im Monat
von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune,
Odenwaldallee 2

.....
Jeden ersten Donnerstag im Monat
von 17.00 - 19.00 Uhr im
Begegnungszentrum Fröbelstr. 6,
Stadtteil Bruck

.....
Während des Semesters jeden
Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr
im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....
Ansonsten nach telefonischer
Vereinbarung, Tel.: 43226
(Montag bis Freitag von
9.00 - 12.00 Uhr)



SPD - Rathaustelegramm

SPD-Fraktion unterstützt Schwerpunktaktion 2006:

„1 Euro für San Carlos - Echte Hilfe die ankommt!“

Seit 15 Jahren hat die Stadt Erlangen eine Städtepartnerschaft mit San Carlos in Nicaragua. Ebenso lange setzt sich die SPD bereits dafür ein, dass die Zusammenarbeit verstärkt wird. Nun hat die Erlanger Agenda 21 die Entwicklungszusammenarbeit mit der Stadt am Rio San Juan zum Schwerpunktthema 2006 gemacht. „1 Euro für San Carlos“ lautet das Motto der Spendenaktion zu Gunsten der nicaraguanischen Partnerstadt, die vom Stadtrat im Februar einstimmig beschlossen worden ist. „Darüber freuen wir uns sehr“, so Fraktionsvorsitzende Gisela Niclas, „wir werden das Schwerpunktthema 2006 nach besten Kräften unterstützen.“



Spontan waren in der Stadtratssitzung rund 700 Euro zusammengekommen. Bereits Anfang Februar hatten die TeilnehmerInnen an der Informationsfahrt der SPD-Fraktion zur Halbzeitbilanz 130 Euro gespendet.

Unter der Leitung des Oberbürgermeisters hat inzwischen erstmals eine offizielle Erlanger Delegation die Partnerstadt San Carlos besucht und die ersten Spendengelder übergeben. Damit kann bereits jetzt mit der dringend erforderlichen Erweiterung des städtischen Krankenhauses begonnen werden.

Jose Luis Ortega Lleras, Sprecher für Integrationspolitik der SPD-Stadtratsfraktion, war in San Carlos dabei: „Ich bin tief beeindruckt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger für ihre Stadt und ihre Region. Sie haben kaum finanzielle Mittel. Jeder Euro, den wir spenden, bedeutet echte Hilfe, die ankommt.“ Jose Ortega ist gerne bereit, über seine Eindrücke in San Carlos zu berichten. Bei Interesse einfach im SPD-Fraktionsbüro anrufen, Tel.: 862225.

Der Erlös der Spendenaktion dient dem Aufbau einer Station zur postoperativen Behandlung von Patienten und der Verbesserung der Hygiene im Hospital von San Carlos. **Hier das Spendenkonto: Förderverein Erlanger Agenda 21, Stichwort: „1 Euro für San Carlos“, Kontonummer 19008000 bei der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen, Bankleitzahl 76350000.**

Neues von der Tank- und Rastanlage Aurach: Gemeinsames Handeln bringt ersten Erfolg

Der breite Widerstand der Bürgerinitiative, der Städte Herzogenaurach und Erlangen, des Landkreises Erlangen-Höchstadt und des Planungsverbandes der Industrieregion Mittelfranken gegen den unangemessen großen Ausbau der Tank- und Rastanlage Aurach hat einen ersten Erfolg zu verbuchen. Auf eine sehr nachdrückliche Anfrage der SPD-Bundestagsabgeordneten Renate Schmidt teilte das Bundesverkehrsministerium nunmehr mit, dass die Planung um 30 % reduziert werden soll. „Es ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung“, meint Schmidt dazu, „dies muss aber noch deutlich mehr sein.“ Handlungsbedarf sieht die Bundestagsabgeordnete auch beim Thema Lärmschutz; deswegen hat sie Bundesverkehrsminister Tiefensee nach Erlangen eingeladen. Am 13. Juni wird er sich vor Ort ein Bild von der Situation machen. Die Bürgerinnen und Bürger haben dann Gelegenheit, ihre Anliegen direkt vorzubringen, aber auch mit dem Minister Fragen zur Weiterentwicklung der Verkehrspolitik zu diskutieren. Fazit: Das bisher gemeinsame Handeln von Bürgerinnen und Bürgern und ihrer gewählten InteressenvertreterInnen hat sich bewährt.

Schert die CSU-Fraktion Erlangen nun aber bereits aus der gemeinsamen Linie aus? In der letzten Sitzung des Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschusses hat sie dem Antrag der SPD-Fraktion, neben den hauseigenen Juristen bereits jetzt eine Fachanwaltskanzlei zu beauftragen, eine Absage erteilt. Diese Beauftragung sollte ein politisches Signal nach München und Berlin sein: Die Kommunen vor Ort handeln gemeinsam und entschlossen im Interesse der betroffenen BürgerInnen und einer nachhaltigen Verkehrspolitik, notfalls auch auf dem Klageweg. Die Bürgerinitiative und der Herzogenauracher Stadtrat, der einen ähnlichen Beschluss auf Antrag der CSU bereits vor Wochen einstimmig gefasst hatte, sind jedenfalls sehr enttäuscht und fragen sich, wie lange die CSU-Stadtratsfraktion in Erlangen wohl noch auf der Seite des Widerstandes stehen wird.

Erster Erlanger Frauenbadetag ein voller Erfolg

Rund 120 Badegäste beim ersten Frauenbadetag im Hallenbad Frankenhof! Diese Resonanz übertrifft all unsere Erwartungen“, freuten sich die Organisatorinnen der Anger-Frauengruppe im Rahmen von BIG (Bewegung als Investition in Gesundheit) an der Sport-Uni Erlangen. Bei diesem Forschungsprojekt geht es darum, insbesondere „sportferne“



SPD – Rathaustelegramm

Frauen zu mehr Bewegung und sportlicher Betätigung im Alltag und damit zur Verbesserung der Gesundheit anzuregen. 84 Frauen und Mädchen im Alter von 6 Jahren aufwärts, darüber hinaus über 30 Kleinkinder und Kinder im Kindergartenalter, darunter auch viele kleine Jungen, sorgten am ersten Frauenbadetag von 15 – 17 Uhr für reges und fröhliches Badeleben im Frankenhof. Deutlich zeigte sich aber auch, warum ein Angebot speziell für Frauen Sinn macht: Viele der erwachsenen Badegäste konnten nicht schwimmen. Häufig wurde nach einem Frauenschwimmkurs gefragt. Ein solches Angebot ist zwar im Rahmen der Frauenbadezeit im Frühjahr 2006 aus organisatorischen und zeitlichen Gründen nicht möglich; für Sportvereine, die Volkshochschule, aber auch für das Hallenbad Frankenhof selbst eröffnet sich hier ein erfolversprechendes Betätigungsfeld. Bis Mitte Mai wird der Probelauf „Frauenbadezeit“ im Hallenbad Frankenhof fortgesetzt. Dann ist dort erst mal Saisonschluss. Wenn das Angebot weiter so gut angenommen wird wie am ersten Sonntag, werden die Stadtwerke als Betreiber des Frankenhofes prüfen, inwieweit daraus eine Dauereinrichtung werden kann. Die SPD-Fraktion, insbesondere Fraktionsvorsitzende Gisela Niclas, hat das Zustandekommen des Probelaufs tatkräftig unterstützt. Sie setzt sich mit Nachdruck ein für ein ständiges Angebot für Frauen. Herzlich eingeladen sind an den Frauenbadtagen alle Frauen und Mädchen sowie Jungen bis 6 Jahre. Der Eintritt beträgt 2 Euro. Kinder unter 6 haben freien Eintritt.

Bitte weitersagen: Die Frauenbadezeit wird an folgenden Sonntagen jeweils von 15 bis 17 Uhr angeboten: 26. März, 9. April, 23. April, 30. April und 7. Mai.

Am 2. und 16. April findet wegen eines Schwimmwettkampfes bzw. wegen Ostern keine Frauenbadezeit statt.

Weitere Entwicklung des FAG-Geländes: SPD-Fraktion unterstützt Bürgerinitiative

In Bruck hat sich eine neue Bürgerinitiative gebildet: Die „Interessengemeinschaft ehemaliges Frieheck- und Höpfner-Gelände“. Sie wohnen in der Nachbarschaft des ehemaligen FAG-Geländes, das bis auf zwei Wohnquartiere seit Jahren brach liegt. Besonders kritisch gesehen werden die großen Wohnhäuser direkt neben der Autobahn A 73. Dieses Projekt hatte die SPD-Fraktion bereits vor Jahren abgelehnt. „Sozialer Wohnungsbau als Lärmschutz entlang der Autobahn ist völlig verfehlte Stadtentwicklung“, so Planungssprecher Robert Thaler.

Derselbe Investor, der bereits für diese Wohnblocks verantwortlich zeichnet, will nun weiterbauen lassen – auf der Grundlage eines gültigen Bebauungsplans, der im Stadtrat vor Jahren nach langen und kontroversen Diskussionen zustande gekommen war. Dieser sieht eine ähnlich hohe Verdichtung vor wie die bereits bestehenden Gebäude. Wieder sollen in großen Gebäudekomplexen mit Lärmschutzfunktion Sozialwohnungen entstehen. Diese Entwicklung hat nun die Bürgerinitiative auf den Plan gerufen. Sie wenden sich gegen die geplante massive Verdichtung und fordern eine Überarbeitung des Planungskonzeptes. Sie haben erkannt: Die Bedürfnisse der Menschen nach Freiraum, Geborgenheit und Sicherheit, nach funktionierender Nachbarschaft und sozialer Balance im Wohnquartier vertragen sich nicht mit überdimensionierten Gebäudekomplexen und starker Verdichtung. Diese fördern Anonymität und Isolation, Gleichgültigkeit und Aggression. Eine lockere, abwechslungsreiche Bebauung einschließlich der nötigen sozialen Infrastruktur ist viel eher geeignet, den berechtigten Interessen künftiger Bewohnerinnen und Bewohner Rechnung zu tragen. Wohnungen, in denen man sich wohlfühlt, lassen sich auch viel besser vermarkten. Dies hat die Bürgerinitiative bei einem Ortstermin dem Investor und Stadträten gegenüber unmissverständlich deutlich gemacht.

Bei gemeinsamen Gesprächen hat der Investor seine Bereitschaft zugesagt, seine bisherige Planung für das FAG-Gelände zu überarbeiten. Das ist zu begrüßen, denn Änderungen sind aufgrund des bestehenden Bebauungsplanes nur im Konsens möglich.

Leider hat sich die Stadtratsmehrheit von CSU und FDP in der darauf folgenden Stadtratssitzung nicht bereit gefunden, dem SPD-Antrag zu folgen, den vorliegenden Bauantrag trotz fehlender Detailinformationen noch einmal sorgfältig vom Bauausschuss prüfen zu lassen. Sie wurden ruckzuck genehmigt. Über die vom Investor zugesagten Änderungen des Bebauungskonzeptes gibt es bis heute keine weiteren Informationen. Wohl aber liegt der Verwaltung ein neuer

Bauantrag vor. Wieder geht es um einen massiven Gebäudekomplex. Von Reduzierung der Verdichtung keine Spur. Waren die Zusagen gegenüber der Bürgerinitiative und der Stadtratsopposition nur Beruhigungspillen? Die SPD-Fraktion wird sich weiter mit allem Nachdruck dafür einsetzen, dass Zusagen auch eingehalten werden. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in Bruck setzen wir uns ein für eine sozial integrative Entwicklung im FAG-Gelände. Wir wollen die Chance nutzen, durch qualifizierte Bürgerbeteiligung einen bestehenden Bebauungsplan im Konsens mit dem Investor weiter zu entwickeln, um ein qualitativvolles Stadtquartier schaffen.

Unsere weiteren Anträge:

- Ganztagsgrundschulen
- Beteiligungsmanagement und Controlling
- Flächendeckende klinische Versorgung d. Bevölkerung
- Projekt „Deutsch 80“
- Verbessertes Zinsmanagement

Sollten Sie Interesse an einzelnen Anträgen haben, schauen Sie ins Internet unter www.spd-fraktion-erlangen.de oder schicken Sie uns eine Mail. Gerne senden wir Ihnen den Antrag per E-Mail zu. spd@erlangen.de

SAN CARLOS DIAS

Partnerstadt von Erlangen in Nicaragua

FILM VORTRAG

Der bereits im Rahmen der Lateinamerika-Woche in Nürnberg gehaltene Dia-Vortrag von Bella Weber und Jan Vogel vermittelt die Eindrücke und Erfahrungen, die die beiden während eines vierwöchigen Aufenthalts in San Carlos im August 2005 gemacht haben. Anlass des Aufenthalts war eine Jugendgruppenreise der Stadt Nürnberg.

Hilde Düvel lebt seit 1989 in San Carlos und leitet dort die Klinik San Lucas, die sie selbst mit aufgebaut hat. Sie wird einen kurzen Film über die medizinische Versorgung im Dschungelgebiet um San Carlos zeigen und anschließend über ihre Arbeit und die medizinischen Probleme in und um San Carlos berichten.



Eine Veranstaltung der Volkshochschule Erlangen und UPLA (Union pro Latinoamerica)

V.i.S.d.P.: Thomas Meyer,
Schillerstr. 15, 91054 Erlangen

Freitag 07. April 06
19.00 Uhr
Volkshochschule Erlangen
Friedrichstraße 19 Großer Saal (1. Stock)